



Johach\_H\_2002d

## Was heißt das: „Ein Angriff auf die gesamte zivilisierte Welt“?

Helmut Johach

„Was heißt das ‚Ein Angriff auf die gesamte zivilisierte Welt?‘“ in: M. Zimmer (Ed.), Der 11. September und die Folgen. Beiträge zum Diskurs nach den Terroranschlägen und zur Entwicklung einer Kultur des Friedens, Tübingen (Selbstverlag) 2002, pp. 23-31.

Copyright © 2002 by Dr. Helmut Johach, Rednitzhembach. E-Mail: Helmut.Johach[at-symbol]web.de

Seit dem Terroranschlag auf das World Trade Center und das Pentagon – merkwürdigerweise fand die teilweise Zerstörung des militärischen Machtzentrums der USA in den Medien weitaus geringere Beachtung – haben Gewalt und Zerstörung auf internationaler Ebene kraß zugenommen. Ich nenne die wichtigsten Punkte:

Erstmals in der Geschichte der NATO wurde der *Bündnisfall* festgestellt. Die USA, Großbritannien, Deutschland und einige kleinere NATO-Staaten führen seither einen Krieg in Afghanistan, und dies mit Duldung des einstigen Gegners, gegen dessen angebliche oder tatsächliche Bedrohung die NATO nach dem Zweiten Weltkrieg (1949) gegründet wurde.

Eine breite, auf Druck der USA zu Stande gekommene *Anti-Terror-Allianz*, zu der auch islamische Länder wie Saudi-Arabien und Pakistan gehören, hat dem Kampf gegen das Taliban-Regime und der Zerschlagung des Al-Qaida-Netzwerks offiziell zugestimmt, womit die Erlaubnis zum Überfliegen des Luftraums, zur Benutzung von Flughäfen und – im Fall Saudi-Arabiens – zur weiteren Stationierung von Bodentruppen verbunden war. Was in den letztgenannten Ländern hinter den Kulissen geschieht, steht freilich auf einem anderen Blatt.

Während die NATO am Horn von Afrika ihre Militärpräsenz verstärkt, rüsten die USA bereits zum *nächsten Krieg*. Der Präsident der USA hat eine „Achse des Bösen“ ausgemacht und ruft – für islamische Länder besonders fatal – zu einem „neuen Kreuzzug“ gegen das Böse auf. Im Visier ist als nächstes Ziel der Irak.

Gedeckt durch die „Falken“ in der Regierung der USA, konnte Scharon in Israel seit Monaten ungehindert einen *Krieg gegen die Palästinenser* führen, mit dem Ziel, Westbank und Gaza-Steifen erneut zu besetzen und durch Schaffung militärischer Fakten die bisherigen Erfolge der Palästinenser im Kampf um ihre Autonomie zunichte zu machen. Als Begründung für dieses rabiate Vorgehen dienen die Selbstmordattentate fanatisierter Moslems in israelischen Städten.

Nicht zuletzt sind unter der Devise „innere Sicherheit“ *innenpolitische Verwerfungen* in den westlichen Ländern festzustellen. Der Überwachungsstaat wird überall ausgebaut, die bürgerlichen Freiheitsrechte werden abgebaut. All dies geschieht mit Berufung auf die Terroranschläge vom 11. September.

Zur Begründung des immer noch andauernden Krieges der NATO in Afghanistan heißt es, mit den Terroranschlägen vom 11. September habe ein „*Angriff auf die gesamte zivilisierte Welt*“ stattgefunden. Diese Formel hat *ideologische Funktion*. Gegen



einen Angriff muss man sich verteidigen, und das „mit allen verfügbaren Mitteln“, wie George Bush am 22. September vorigen Jahres verkündet hat:

„Wir werden alle verfügbaren Mittel einsetzen – jedes Mittel der Diplomatie, der Aufklärung und der Gesetze, jeden finanziellen Einfluss und jedes nötige Kriegsgerät –, um das weltweite Netz des Terrors zu zerschlagen und zu besiegen. (...) Die Bürger Amerikas müssen sich auf einen langwierigen Feldzug gefaßt machen, wie wir ihn noch niemals erlebt haben. (...) Jedes Land, in welchem Teil der Erde auch immer, muss sich nun entscheiden: Entweder ihr seid für uns, oder ihr seid für die Terroristen. Von diesem Tag an werden die Vereinigten Staaten jedes Land, das dem Terrorismus Unterstützung oder Unterschlupf gewährt, als Feind betrachten.“

Die NATO mit der Vormacht USA hat sich für diese Kriegserklärung des amerikanischen Präsidenten bereitwillig instrumentalisieren lassen; westliche Regierungschefs, allen voran Tony Blair und Gerhard Schröder, haben dem Bündnispartner jenseits des Atlantik Unterstützung durch ihre Streitkräfte geradezu angedient – all dies unter dem Vorwand, sich gegen einen bewaffneten Angriff „verteidigen“ zu müssen. Die NATO hat jedoch längst ihren Charakter als Verteidigungsbündnis – wenn es denn je eines war – aufgegeben. Die Luftwaffe und technologisch hochgerüstete Kriseninterventionskräfte, zu denen inzwischen auch die Bundeswehr ihr Kontingent stellt, dienen nicht der Landesverteidigung, sondern dem raschen militärischen Eingreifen an jedem beliebigen Krisenpunkt der Erde, sofern es die Interessen der in der NATO zusammengeschlossenen Staaten und der jeweils Herrschenden angezeigt erscheinen lassen. Die Terroranschläge von New York und Washington müssen als Begründung dafür herhalten, dass das reichste Land als Vormacht der NATO gegen das ärmste Land der Erde einen Krieg führt. Ist es wirklich so abwegig zu vermuten, dass hier noch ganz andere Interessen als die Verfolgung der Terroristen und ihrer Hintermänner im Spiel sind?

Durch den Krieg in Afghanistan kamen bisher mindestens ebenso viele unschuldige Menschen ums Leben wie bei den Anschlägen in New York und Washington. Das erklärte Ziel, das internationale Netzwerk des Terrorismus zu zerschlagen, wurde dagegen nicht erreicht. Bis heute ist nicht eindeutig nachgewiesen, dass Bin Laden die entscheidende Figur war, von der die jungen Männer, die die Terroranschläge ausführten, angeheuert und finanziert wurden. Die Attentäter kamen aus Saudi-Arabien und einzelnen nordafrikanischen Staaten, kein einziger aus Afghanistan. Die Überweisungen auf die Konten, die sie benutzten, kamen aus Saudi-Arabien – aber sich mit den reichen Öl-Potentaten in diesem mittelalterlichen Feudalstaat anzulegen, ist aus wirtschaftlichen Gründen nicht opportun. Die Beseitigung des Taliban-Regimes, das Bin Laden Unterschlupf gewährte, und die Installierung einer prowestlichen Regierung in Afghanistan liegen dagegen eindeutig im Interesse der USA und ihrer Verbündeten. Schließlich geht es auch hier um die Sicherung des Zugangs zu lebenswichtigen Rohstoffen. Ein Machtvakuum, wie es nach dem Abzug der sowjetischen Truppen fast ein Jahrzehnt lang bestand – auch wenn islamische Provinzfürsten in Afghanistan um die Vorherrschaft stritten – konnte nicht von langer Dauer sein. Angesichts der militärischen Schwäche des einstigen Angstgegners sind die Machtverhältnisse jetzt fürs erste geklärt – bis zum nächsten Konflikt. Und die Spezialtruppen der Bundeswehr sind voll im Einsatz. Nur finanzielle und logistische Unterstützung der USA wie beim Golfkrieg – das ist inzwischen passiert.

Das Thema: „Was heißt das: ein Angriff auf die gesamte zivilisierte Welt?“ möchte ich präziser fassen, indem ich frage: *Wozu wird diese Formel benutzt?* Ich zitiere dazu aus



der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder am 11. Oktober 2001 im Bundestag, kurz nach Beginn der „Operation gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan“, wie es in der Parlamentsveröffentlichung heißt:

„Die vergangenen Wochen haben uns nicht nur schockiert, sondern sie haben uns auch klagemacht, dass wir etwas sehr Wertvolles zu verteidigen haben: Das Streben nach Glück, wie es die Amerikaner sagen, oder wie es bei uns im Grundgesetz heißt, die Würde des Menschen, die bei uns und nicht nur bei uns Maßgabe und Maßstab jeglicher Politik sein muss. Es geht um Rechtssicherheit, Gerechtigkeit und Teilhabe, die wir nicht nur national, sondern auch international durchsetzen müssen oder bei deren Durchsetzung wir Hilfestellung leisten müssen. [...] Die Menschen in Deutschland, unsere zivile Gesellschaft, wissen sehr genau, was auf dem Spiele steht. Deshalb rufen sie nicht nach Rache und Vergeltung. Aber sie sind bereit, unsere Gesellschaft und die Zukunftsfähigkeit unserer einen Welt in einem wirklich umfassenden Sinn zu verteidigen. Dafür müssen wir ihnen dankbar sein.“

Hier ist wirklich alles beisammen, was zur ideologischen Verteidigung des „Westens“ aufgeboten werden kann. Aber die „pursuit of happiness“, die ihren Eingang in die amerikanische Verfassung fand, meinte schon zur Zeit der Pilgerväter nicht das Glück der indianischen Bevölkerung oder – später – die Befreiung der schwarzen Negerklaven, sondern das Recht der Besitzenden, freien Handel zu treiben, das Land zu okkupieren und die Arbeitskraft anderer für sich auszubeuten. Und was international „durchgesetzt“ wird oder werden soll (das Wort ist verräterisch!), ist nicht die Würde der ausgebombten und getöteten Zivilisten in Afghanistan oder menschenwürdige Behandlung von Asylsuchenden und Sozialhilfe-Empfängern bei uns, als Maßstab einer *wirklich* „zivilen“ Gesellschaft, sondern das *Recht des Stärkeren*, und das heißt vor allem: des *ökonomisch* Stärkeren. So gesehen, kann man davon ausgehen, dass die Flugzeug-Terroristen und ihre Hintermänner in Saudi-Arabien genau wussten, was sie taten, als sie ausgerechnet die Twin Towers“ zum Ziel ihrer mörderischen Attacke wählten. Dies hatte symbolische Bedeutung, dies traf den Westen an seiner empfindlichsten Stelle.

Dass man mich richtig versteht: Ich bin weit davon entfernt, die Flugzeugentführungen und Massenmorde in den USA durch fanatisierte arabische Selbstmordkommandos gutzuheißen. Und ich verurteile ebenso die Selbstmord-Attentate palästinensischer „Freiheitskämpfer“ in Israel, die die Bevölkerung dort ständig in Schrecken halten. Ich bin dafür, den Terrorismus wirksam zu bekämpfen. Aber *ich bezweifle, dass militärische Gewalt ein geeignetes Mittel ist, um dauerhaft Frieden und Sicherheit zu gewährleisten*. Der Einsatz militärischer Gewalt – in Afghanistan angeblich nur gegen versprengte Al-Qaida-Kämpfer, im Westjordanland gegen vermutete Drahtzieher des Terrors – bewirkt faktisch nur Zerstörung, trifft in höherem Maß stets die Zivilbevölkerung (im Fall Israels auch die gesamte wirtschaftlich-politische Infrastruktur der Palästinenser) und schafft mit jedem Akt der Aggression nur neuen Hass und neue Bereitschaft zu Terror und Gewalt. *Krieg erzeugt neuen Terrorismus*. Wer den Terrorismus wirksam bekämpfen will, sollte dagegen alle Kräfte darauf konzentrieren, ihm den *Nährboden* zu entziehen. Konkret: Statt dass die USA täglich 200 Millionen. Dollar für den Krieg in Afghanistan ausgeben, wäre es wesentlich sinnvoller, mit dem Geld etwas gegen Hunger und Armut zu tun, Schulen zu bauen und Infrastrukturmaßnahmen zu fördern. Und statt dem Kriegstreiber Sharon in Israel weiter den Rücken zu stärken, sollten diejenigen Kräfte im israelischen Parlament und in der außerparlamentarischen Opposition unterstützt werden, die den Friedensprozess fortführen und eine Verhand-



lungslösung mit den Palästinensern anstreben wollen.

Ich komme nun zum zweiten Teil der Behauptung, bei den Terroranschlägen vom 11. September handle es sich um einen Angriff auf die „*gesamte zivilisierte Welt*“. Hier wird die *westliche* Zivilisation, eine typische Ausprägung von Wirtschaftsliberalismus, technisch-instrumenteller Rationalität und Konsumhaltung, absolut gesetzt und zum Maßstab jeglicher Zivilisation gemacht. Wer dieser Zivilisation nicht angehört, die zu Grunde liegende Wirtschaftsordnung und das entsprechende Wertesystem nicht teilt oder zumindest akzeptiert, wird damit per definitionem als „unzivilisiert“ und folglich minderwertig abgestempelt. Wer gar einen „Angriff“ auf die solchermaßen absolut gesetzte Zivilisation plant und durchführt, muss selbstverständlich mit allen Mitteln bekämpft und unschädlich gemacht werden – so die stillschweigende Folgerung, die aus dieser Behauptung abgeleitet wird. Es ist klar, dass damit nur den Scharfmachern in Wirtschaft und Politik gedient ist.

Wer differenzierter vorgeht und die Behauptung etwas abschwächt, indem er von einem Angriff auf die „*westliche Zivilisation*“ spricht, relativiert damit zwar deren Anspruch auf universale Geltung, er appelliert jedoch genauso wie derjenige, der diese Zivilisation absolut setzt, an die *Solidarität* aller Menschen, die der westlichen Zivilisation angehören, im Kampf gegen den– oder diejenigen, die diese Zivilisation anzugreifen wagen, und er behauptet – ähnlich wie schon zur Zeit des Kalten Krieges gegenüber dem real existierenden Sozialismus – offen oder unterschwellig eine *Überlegenheit* der westlichen Zivilisation. An die Stelle des weltpolitisch lange Zeit dominierenden Ost-West-Gegensatzes ist, wie der Titel eines Erfolgsbuches lautet, ein „Kampf der Kulturen“ – im englischen Original: „Clash of Civilizations“ (Samuel P. Huntington) – getreten. Gemeint ist hier außer der westlichen vor allem die *islamische* Kultur.<sup>1</sup>

Auf die philosophische Streitfrage, welches der beiden Worte – „Kultur“ oder „Zivilisation“ – in diesem Zusammenhang das angemessenere sei, will ich mich hier nicht näher einlassen. Dieser Streit erhitzte zwar, wie man im Werk der Brüder Mann nachlesen kann, vor fast hundert Jahren die Gemüter, doch alles Insistieren auf einer spezifisch „deutschen“ Tradition von Kultur, Bildung und Innerlichkeit gegenüber der „veräußerlichten“ westlichen Zivilisation konnte die Barbarei des Faschismus nicht verhindern. So beschränke ich mich hier auf den Terminus „westliche Zivilisation“ im oben angegebenen Sinne, zumal die Lebensverhältnisse innerhalb des atlantischen Bündnisses, hauptsächlich zwischen den am meisten industrialisierten Ländern USA und Deutschland, sich seit dem Zweiten Weltkrieg stark angeglichen haben.

Der „Zusammenprall der Zivilisationen“, wie Bassam Tibi (2001, S. 76ff.) den Titel „Clash of Civilizations“ zutreffender übersetzt<sup>2</sup>, bezieht sich auf das Phänomen, dass zwei heterogene, aber gleichermaßen universalistische Konzepte mit weltanschaulich-politischem Kern im Bereich des Islam wie in den hochindustrialisierten westlichen Demokratien aufeinander stoßen: einerseits das Projekt des Wirtschaftsliberalismus oder präziser: des *auf Globalisierung angelegten Kapitalismus*, zu dem, historisch gesehen, die Errungenschaften des demokratischen Systems und die Trennung von Nationalstaat und Religion gehören; andererseits *ein fundamentalistisches Verständnis*

<sup>1</sup> Huntington, S. P. (1996): *The Clash of Civilizations*. New York. (Dt. 1996: *Kampf der Kulturen. Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München, Wien).

<sup>2</sup> Tibi, B. (2001): *Die neue Weltunordnung. Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus*. 2. Aufl. München, 2001, S. 76ff.



des *Islam*, das anstelle einer säkularen Demokratie eine „göttliche Ordnung“ ohne national begrenztes Territorium mit „klerikal-totalitären Implikationen“ (Tibi, S. 95) begründen will. Wenn man den tiefsitzenden Hass auf den Westen in den islamischen Ländern verstehen will, dann muss man nicht nur berücksichtigen, dass diese bis zum Zweiten Weltkrieg größtenteils von den europäischen Mächten als Kolonien ausgebeutet wurden und immer noch, was den Lebensstandard angeht, dem Westen hoffnungslos hinterherhinken; man muss auch sehen, dass eine vergleichbare Entwicklung, wie sie im westlichen Kulturkreis mit der *Trennung von Staat und Religion* und der verfassungsmäßigen Verankerung von *Menschenrechten* in den letzten 300 Jahren stattgefunden hat, dem Islam fremd geblieben ist. Die Trennungslinie verläuft dort heute zwischen eher reformistischen Kräften, die Demokratie und Menschenrechte als kulturübergreifende Grundlagen moderner Gesellschaften anzuerkennen bereit sind, und Fundamentalisten, für die dies alles westliches „Teufelszeug“ ist.

Wenn man nicht in den Fehler verfallen will, die *Religion* zum allein maßgebenden Faktor der Gesellschaftsentwicklung zu machen oder die Demokratietheorie mit den konkreten politischen Verhältnissen gleichzusetzen, sollte man die ganz realen Auswirkungen des Zusammenpralls der Zivilisationen in den Ländern des Nahen Ostens, aber auch in der Dimension des *Nord-Süd-Konflikts* sehen. Sowohl in den Kriegen Israels mit den arabischen Nachbarn, als auch im Golfkrieg haben die arabischen Länder die Überlegenheit des Westens auf militärischem Gebiet schmerzlich zu spüren bekommen. Im internationalen Handel sind die meisten Entwicklungsländer auf Grund ihrer hohen Verschuldung darauf angewiesen, Nahrungsmittel und Rohstoffe in den Westen zu exportieren, während die eigene Bevölkerung größtenteils in Armut lebt. Es ist nachvollziehbar, dass in solchen Ländern auch aus ökonomischen Gründen fundamentalistische Strömungen an Boden gewinnen. Der islamische Fundamentalismus, der keineswegs mit der gesamten islamischen Zivilisation gleichzusetzen ist, bildet die Speerspitze einer militanten Revolte der armen gegen die reichen kapitalistischen Länder. Einige islamische Länder, wie z. B. Libyen, noch vor wenigen Jahren für die USA ein „Schurkenstaat“, suchen heute ihre eigenen Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus und es ist keineswegs ausgemacht, dass allein dem westlichen Modell die Zukunft gehört.

Wesentliche Ergebnisse im Prozess der westlichen Zivilisation sind vor allem die Verankerung von *Menschen- und Bürgerrechten* in der Verfassung, die demokratische Kontrolle der Herrschenden durch die Beherrschten, unabhängige Medien und eine unabhängige Justiz sowie die – wenigstens prinzipielle – Trennung von Religion und Politik im säkularen Staat. Der Konflikt mit dem Westen wird dadurch verschärft, dass diese Errungenschaften des Westens von islamischen Fundamentalisten nicht anerkannt werden. Ihr theokratisches Modell von Herrschaft ist mit Demokratie unvereinbar und die Scharia – oder zumindest Teile davon – widerspricht der Idee der Menschenrechte. Dies gilt bei buchstabengetreuer Anwendung vor allem für die oftmals drakonischen Strafen und die praktizierte Unterdrückung der Frau. Bei der Begegnung zwischen islamischer und westlicher Zivilisation stellt sich immer wieder die Frage, wieweit Kompromisse bzw. Einigung auf der Basis eines wirklich *universellen* Wertesystems möglich sind bzw. wieweit es – wie im Fall der Fundamentalisten – bei einer kompromisslosen Ablehnung bleibt.

Der Maßstab der *Menschenrechte* – um nur den wichtigsten Punkt zu nennen – ist freilich auch an diejenigen Staaten anzulegen, die gegenüber anderen stets diesen hohen Anspruch im Munde führen. Die derzeitige Behandlung der gefangenen Taliban-



Kämpfer und die gnadenlose Anwendung der Todesstrafe, vor allem gegenüber Farbigen in den USA, die inhumane Abschiebep Praxis gegenüber abgelehnten Asylanten bei uns stehen in krassem Widerspruch zum nach außen verkündeten Anspruch.

Vollends die Folgen des *neo-liberalen Wirtschaftssystems* mit struktureller Arbeitslosigkeit, einem hochgezüchteten militärisch-industriellen Komplex, der einen wachsenden Anteil der Steuereinnahmen verschlingt, und einem immer stärkeren Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich auf nationaler wie internationaler Ebene gehören keineswegs zu den Errungenschaften der westlichen Zivilisation, auf die wir Grund haben stolz zu sein. Dass dieses Wirtschaftssystem über Weltbank und WHO den ärmeren Ländern die Bedingungen diktiert, unter denen sie sich weiter verschulden müssen, um eine Modernisierung voranzutreiben, die einigen wenigen nützt, aber vielen die Lebensgrundlagen beschneidet, ist einer der Gründe, weshalb dem Westen in Entwicklungsländern, nicht zuletzt im Einzugsbereich des Islam, inzwischen oft blanker Hass entgegenschlägt.

Wenn *Erich Fromm* (1979) lapidar fordert: „Die Kluft zwischen den reichen und den armen Nationen muss geschlossen werden“<sup>3</sup> und in diesem Zusammenhang mit der Möglichkeit rechnet, dass Menschen aus armen Ländern, „vielleicht unterstützt von Sympathisanten in den Industriestaaten, Terrorakte verüben werden, möglicherweise unter Verwendung nuklearer oder biologischer Waffen, die in der weißen Festung Chaos auslösen werden“ (ebd.), so trifft er genau die Stimmungslage, aus der heraus die Terroranschläge des 11. September erfolgt sind. Wir tun gut daran, uns auch an das zu erinnern, was er als Abhilfe empfiehlt: Nicht „Krieg gegen das Böse“ zu führen – das wäre die schlechteste aller Möglichkeiten –, sondern „Hunger und Krankheit“ wirksam „unter Kontrolle (zu) bringen“ und so dem Terrorismus den Nährboden zu entziehen, das wäre eine angemessene Reaktion anstelle der hysterischen Überreaktion, mit der Westen seine militärische Macht demonstriert. Und noch etwas: Fromm fordert, die reichen Länder sollten ihre Hilfe „ohne Rücksicht auf Profite und politische Vorteile“ organisieren und sich von der Vorstellung lösen, „die ökonomischen und politischen Prinzipien des Kapitalismus müssten auf Afrika und Asien übertragen werden.“

Man kann Fromm nur recht geben: *Terrorismus und Globalisierung hängen eng zusammen*. Deshalb muss die Kritik an dieser Entwicklung nicht nur von außen, sondern auch von innen, in den kapitalistischen Ländern selbst erfolgen und dabei können wir manches von den nichtwestlichen Ländern lernen. Insofern liefert der „Zusammenprall der Zivilisationen“ einen Anstoß zu permanenter Auseinandersetzung um die weitere Gestaltung unserer Gesellschaft.

---

<sup>3</sup> Fromm, E. (1979): *Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft*. München, 1979, S. 180.